

**Nr. 18/1084**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Lebensmittelkennzeichnung verbessern – Transparenz für Verbraucher erhöhen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 16. September 2014  
(Neufassung der Drucksache 18/1384 vom 13. Mai 2014)  
(Drucksache [18/1544](#))
2. Genehmigungsverfahren im Baurecht verkürzen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 2. Oktober 2012  
(Drucksache [18/588](#))
3. Genehmigungsverfahren im Baurecht verkürzen  
Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung  
und Energie  
vom 15. Mai 2014  
(Drucksache [18/1398](#))
4. Gesetz über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen  
Rechts an die Paulus-Gemeinde Christliche Gemeinschaft Bremen  
Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2014  
(Drucksache [18/1454](#))  
1. Lesung
5. Klimawandel: Herausforderungen und Chancen für Bremerhaven und Bremen  
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 16. Juli 2014  
(Drucksache [18/1499](#))
6. Sanierungsstaus an öffentlichen Gebäuden und Infrastruktur  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 30. Juli 2014  
(Drucksache [18/1513](#))
7. Neue Perspektiven zur Verhinderung von Jugendkriminalität  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 18. August 2014  
(Drucksache [18/1525](#))

**Nr. 18/1085**

**„Ja“ zur EEG-Reform im Bundesrat**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 1. Juli 2014  
(Drucksache [18/1466](#))

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

## Nr. 18/1086

### Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

## Nr. 18/1087

### Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 23. September 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Architektengesetzes  
Gesetz zur Änderung des Bremischen Ingenieurgesetzes  
Mitteilung des Senats vom 15. Juli 2014  
(Drucksache [18/1490](#))
  1. Lesung
  2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung des Bremischen Architektengesetzes in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung des Bremischen Ingenieurgesetzes in erster und zweiter Lesung.
2. Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Lebensmittelrecht zum Wegfall von Befristungen  
Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2014  
(Drucksache [18/1476](#))
  1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
3. Die Arbeit im Rettungsdienst anerkennen und absichern  
Mitteilung des Senats vom 22. Juli 2014  
(Drucksache [18/1500](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
4. Benennung der bremischen Mitglieder des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union (AdR) für die 6. Mandatsperiode von 2015 bis 2020  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau Staatsrätin Ulrike H i l l e r als ordentliches Mitglied und den Abgeordneten Dr. Hermann K u h n als stellvertretendes Mitglied für die 6. Mandatsperiode von 2015 bis 2020 in den Ausschuss der Regionen (AdR).
5. Stellungnahme des Senats zum 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit  
Mitteilung des Senats vom 12. August 2014  
(Drucksache [18/1520](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
6. Stellungnahme des Senats zum 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz  
Mitteilung des Senats vom 12. August 2014  
(Drucksache [18/1521](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

7. Bericht des Senats „Entschlossen gegen K.-o.-Tropfen handeln“

Mitteilung des Senats vom 2. September 2014

(Drucksache [18/1533](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

8. Gesetz zum 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 16. September 2014

(Drucksache [18/1546](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

9. 19. Bericht der bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Mitteilung des Senats vom 16. September 2014

(Drucksache [18/1547](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 19. Bericht der bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

10. Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

vom 19. September 2014

(Drucksache [18/1552](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (18. Wahlperiode) in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 29. Juni 2011, zuletzt geändert durch Beschluss vom 26. Februar 2014, wird wie folgt geändert:

§ 62 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird nach dem Wort „Berichtigung“ das Wort „elektronisch“ eingefügt.

2. In Absatz 4 werden die Wörter „einer Woche“ durch die Wörter „von drei Kalendertagen“ ersetzt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

## **Nr. 18/1088**

### **Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen – Bremen stellt sich gemeinsam der Herausforderung**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 23. September 2014

(Drucksache [18/1560](#))

D a z u

### **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

**vom 23. September 2014**

(Drucksache [18/1561](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt:

1. Wir heißen alle Menschen, die aus großer Not ihre Heimat verlassen mussten und nach Bremen gekommen sind, willkommen. Wir bekennen uns zu unserer Aufgabe, Menschen die aus lebensbedrohlichen Gründen ihre Heimat verließen, in Bremen Schutz und Sicherheit zu bieten.
2. Das Bundesland Bremen stellt sich seiner humanitären Pflicht, Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen. Dafür bedarf es nicht nur einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen, sondern auch auf Stadtteil- und Beiratsebene unter Einbeziehung von gesellschaftlich relevanten Kräften wie auch engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Wir rufen alle Akteure dazu auf, die Bereitstellung der dringend benötigten Unterkünfte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu betrachten. Konkrete Angebote und Vorschläge für Unterkünfte werden ebenso benötigt wie ein hohes Maß an bürgerschaftliches Engagement und Kooperationen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt das große Engagement der vielen Bürgerinnen und Bürger an, die zur schnellen Unterbringung und Integration der Flüchtlinge bereits beigetragen haben. Auch zukünftig wird jede Unterstützung helfen, um Flüchtlingen auch über die Unterbringungssituation hinaus die Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen.
4. Das Land und die beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven werden sich dafür einsetzen, neue, kurzfristige Lösungen für die Versorgung von Flüchtlingen zu finden. Um Menschen in der Not davor zu bewahren, ohne Unterkunft zu bleiben, bedarf es eines schnellen und unmittelbaren Handelns. Ad hoc zu findende – auch unkonventionelle – Lösungswege zur Sicherstellung der Unterbringung müssen dennoch mit den Betroffenen und Verantwortlichen vor Ort rechtzeitig kommuniziert und mit dem Ziel der Einvernehmlichkeit vorangetrieben werden.

Wir erkennen allerdings an, dass nötige Schnelligkeit durch massiven Druck nicht untergebrachter Flüchtlinge sowie überbelegter Einrichtungen dazu führen kann, übliche Beteiligungswege verkürzen und Gremienbefassungen vorziehen zu müssen. Eine generelle Bereitschaft zu flexiblen Formen der Zusammenarbeit ist Voraussetzung für den Erhalt des Vertrauens zwischen den verschiedenen Verwaltungs- und politischen Ebenen.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht die Bundesregierung gefordert, die dringend benötigte finanzielle Unterstützung für die Aufnahme von Flüchtlingen bereitzustellen und umgehend die Nutzung von Gebäuden für die Unterbringung zu ermöglichen, deren Eigentümer der Bund ist.
6. Wir werden nicht zulassen, dass eine kleine Anzahl minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge, die Gesetze vorsätzlich wiederholt brechen, die gesellschaftliche Akzeptanz einer weltoffenen Flüchtlingspolitik beeinträchtigen. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass mit jungen Flüchtlingen, die wiederholt Gesetze brechen, konsequent umgegangen wird. Hierbei wird es insbesondere darauf ankommen, durch eine geeignete, robuste und heimähnliche Unterbringung innerhalb des Jugendhilfesystems und durch die Anwendung des am Erziehungsgedanken ausgerichteten Jugendstrafrechts erneuten Straftaten eines Jugendlichen oder Heranwachsenden entgegenzuwirken. Dies ist insbesondere zum Selbstschutz dieser Jugendlichen, aber auch zum Schutz aller anderen unerlässlich. Hierbei ist das präventive Zusammenwirken von Jugendhilfe, Polizei und Strafrechtspflege wichtig.

## **Nr. 18/1089**

### **Herausforderungen durch die wachsende Zahl von Flüchtlingen annehmen und Anstrengungen für eine gelingende Integration verstärken**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 23. September 2014

(Drucksache [18/1562](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/1090**

### **Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes – Stabilitätsbericht 2014 –**

Mitteilung des Senats vom 9. September 2014  
(Drucksache [18/1538](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/1091**

### **Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016**

Mitteilung des Senats vom 9. September 2014  
(Drucksache [18/1539](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/1092**

### **Teilhabe durch Arbeit – Maßnahmen zur Förderung chronisch psychisch Kranker, Suchtkranker und Leistungsgeminderter verbessern**

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 29. April 2014  
(Drucksache [18/1374](#))

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 15. Juli 2014**

(Drucksache [18/1491](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/1093**

### **Verfolgte Minderheiten im Irak und Syrien schützen!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 23. September 2014  
(Neufassung der Drucksache 18/1518 vom 11. August 2014)  
(Drucksache [18/1557](#))

1. Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für sofortige humanitäre Hilfe für die vor der IS Geflüchteten einzusetzen.
2. Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland einzusetzen, die vor dem Terror der IS Schutz suchen.
3. Der Senat wird aufgefordert, die Aufnahme von Angehörigen religiöser oder ethnischer Minderheiten aus dem Irak und Syrien, die von der IS bedroht sind, nach § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz zu ermöglichen. Der Nachzug zu hier lebenden Verwandten soll ohne finanzielle Auflagen geschehen.

## **Nr. 18/1094**

### **Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen – Rechte des Untersuchungsausschusses stärken**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE  
vom 5. Dezember 2013  
(Drucksache [18/1196](#))  
2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch die Drucksache 18/1532.

## **Nr. 18/1095**

### **Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen**

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses  
vom 1. September 2014  
(Drucksache [18/1532](#))  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

## **Nr. 18/1096**

### **Eigentumsstruktur von Großbetrieben im Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 13. Mai 2014  
(Drucksache [18/1383](#))

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2014**

(Drucksache [18/1477](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/1097**

### **Bedeutung und Potenziale von Migrantenorganisationen im Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 20. Mai 2014  
(Drucksache [18/1408](#))

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 1. Juli 2014**

(Drucksache [18/1463](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/1098**

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 28 – Petition L 18/276 – vom 11. Juni 2014**

(Drucksache [18/1432](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petition L 18/276 wie vom Ausschuss empfohlen.

## **Nr. 18/1099**

### **Gesetz zur Neuregelung des Beamtenversorgungsrechts in der Freien Hansestadt Bremen sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften**

Mitteilung des Senats vom 12. August 2014  
(Drucksache [18/1519](#))  
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

## **Nr. 18/1100**

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 30 vom 19. September 2014**

(Drucksache [18/1553](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

## **Nr. 18/1101**

### **6. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“**

Mitteilung des Senats vom 23. September 2014

(Drucksache [18/1558](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 6. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“ zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

